

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch,
Kersten Artus, Elisabeth Baum, Dr. Joachim Bischoff, Wolfgang Joithe-von
Krosigk, Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010 Einzelplan 4

Kapitel 4600

Betr.: Notfonds

Die Folgen der weltweiten Finanzkrise sind noch nicht absehbar. Erfahrungsgemäß steigt in Zeiten der Krise nicht die Solidarität, sondern Hoffnungslosigkeit, Isolation und Vereinsamung nehmen zu. Dass der Sozial-Etat im Haushaltsplan des Hamburger Senats nicht ausreichen wird, um die absehbaren katastrophalen Folgen – unter anderem steigende Erwerbslosigkeit, Anwachsen der Zahlen der ALG-II-Empfänger/-innen, größere Kinderarmut, neue Dimensionen von Drogensucht und Obdachlosigkeit, chronischen Erkrankungen sowie ein Anwachsen von psychischen Erkrankungen und Suiziden, Gewalt in Familien – abzumindern beziehungsweise präventiv entgegenwirken zu können, liegt auf der Hand. Er wurde zu einer Zeit geplant, zu der Ursachen der beschriebenen Folgen noch nicht gesehen werden konnten. Es ist zu erwarten, dass die Zahl derjenigen zunehmen wird, die auf die Beratungsstellen und sozialen Projekte der Stadt angewiesen sind. Es ist auch zu erwarten, dass die Arbeitsbelastung der in der Behörde, in den Beratungsstellen und sozialen Projekten Tätigen zunehmen wird.

Auch deswegen hat die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft ein Strukturprogramm mit einem Umfang von zwei Milliarden Euro vorgelegt, das in den Haushaltsausschuss überwiesen wurde. Zusätzlich zu den darin erläuterten Maßnahmen ist es erforderlich, den Etat der Sozialbehörde auszuweiten. Zu berücksichtigen sind alle Titel, bei denen Projekte und Maßnahmen unterstützt werden, die direkt der Betreuung von sozial Schwachen und Benachteiligten dieser Gesellschaft sowie den in diesem Bereich Beschäftigten zukommen. Senator Wersich teilte in der Presse mit, dass 2.000 zusätzliche Erwerbslose Mehrkosten in Höhe von 15 Millionen Euro bedeuten würden. Rolf Steil, Leiter der Agentur für Arbeit Hamburg, geht im Rahmen der Prognose des Jahreswirtschaftsberichtes von 2,5 Prozent Schrumpfung und damit für Hamburg von einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf 100.000 Frauen und Männern aus.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. umgehend einen Notfonds in Höhe von 225 Millionen Euro für 2009 und weiteren 100 Millionen Euro für 2010 bereitzustellen. Alle Beratungsstellen und sozialen Projekte und Einrichtungen werden um eine Einschätzung für ihre konkrete Klientel gebeten, welcher Mehrbedarf erforderlich ist. Das Ergebnis ist nach Altersgruppen, Geschlechtern, Stadtteilbezug und Herkunft abzubilden.

Die Deckung erfolgt durch die Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen im „Strukturprogramm für Hamburg“, vorgelegt von der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

2. Der Senat wird beauftragt, der Bürgerschaft auf ihrer Sitzung am 22. und 23. April dazu Bericht zu erstatten, mindestens einen Zwischenbericht abzugeben.